

# Das Für und Wider von Mini-Parlamenten

Steuerzahlerbund fordert kleinere Räte: Politiker in Achim und Verden diskutieren das Thema kontrovers

Die Fraktionsspitzen von SPD und CDU in Achim könnten sich vorstellen, dass ein kleinerer Stadtrat effizienter arbeitet. Dagegen erteilen die Vertreter kleiner Parteien dem Wunsch des Bundes der Steuerzahler, die Zahl der Sitze in Kommunalparlamenten zu reduzieren, eine klare Absage. In der Stadt Verden sprechen sich alle politischen Lager gegen eine Verringerung der Mandate aus.

VON ONNO KUTSCHER  
UND FELIX WEIPR

**Achim-Verden.** Weniger ist mehr. Das zumindest denkt der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen, wenn es um die Größe von Kommunalparlamenten geht. Die sollen verkleinert werden, lautet die Forderung des Vereins: „Kleinere Vertretungen ermöglichen eine effektivere Arbeit und reduzieren Reibungsverluste im politischen Alltag“, sagte der Vorsitzende Bernhard Zentgraf mit Blick auf die im Herbst 2016 stattfindenden Kommunalwahlen. „Eine Verringerung der Zahl der Mandate könnte hier Erleichterung schaffen.“ Außerdem könnten die Kommunen Geld sparen.

Diese Ansicht stößt bei Ratspolitikern in Achim auf unterschiedliche Reaktionen. Er könne sich gut vorstellen, dass der Stadtrat Achim mit weniger Mandatsträgern effizienter arbeite, meint der Achimer SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Herfried Meyer. Er gibt außerdem zu bedenken, dass immer weniger Menschen bereit seien, kommunalpolitische Ämter anzunehmen. Das sei ein Problem für alle Parteien und andere politische Gruppierungen wie Wählergemeinschaften. Ähnlich sieht das der Achimer CDU-Fraktionschef Karl-Heinz Lichter. „Ich hätte nichts gegen eine Verkleinerung des Rates einzuwenden“, sagte er unserer Zeitung.

Die Vertreter kleinerer Parteien sehen dagegen ihre Felle davonschwimmen, sollte



Stühlerücken im Ratssaal von Verden: Der Steuerzahlerbund meint, die Kommunalparlamente benötigen künftig weniger Sitze. FOTO: F. STRANGMANN

der Achimer Rat abspecken müssen. „Es wird zwar einen anderen Verteilungsschlüssel geben, aber unterm Strich ist es doch so, dass die Kleinen, die ohnehin nur wenige Mandate halten, weiter geschwächt würden“, befürchtet etwa Wolfgang Heckel von der WGA. Diese Aussage kann der Achimer FDP-Ratsherr Günther Krebs unterschreiben: „Ich erkenne deutliche Nachteile für die Kleinen.“ Silke Thomas, parteilose Grünen-Fraktionsvorsitzende in

Achim, erklärte, sie habe sich noch keine abschließende Meinung gebildet. Grundsätzlich sei es ihr jedoch wichtig, dass der Rat von Vielfalt geprägt sei und die Aufgaben auf möglichst viele Schultern verteilt werden könnten. Die kommunalpolitische Arbeit, die im Ehrenamt erledigt werden müsse, nehme die Mandatsträger jetzt schon stark in Anspruch.

Der Steuerzahlerbund hatte das Thema angestoßen, weil eine mögliche Verringerung der Ratssitze bis Ende April dieses Jahres ent-

fende Ablehnung. „Davon halte ich gar nichts“, betonte der CDU-Chef im Verden Rat, Jens Richter. „Wenn die Parlamente verkleinert werden, müssen die Aufgaben auf weniger Schultern verteilt werden, das kann nicht förderlich sein.“

Die Grünen-Politikerin Ulla Schobert, Ratsfrau in Verden und Vorsitzende der grünen Kreistagsfraktion, warnt vor einer starken Einschränkung. Es sei wünschenswert, dass Menschen aus den verschiedensten Bereichen den Kommunalparlamenten

## Rat braucht mindestens 20 Köpfe

■ Geregelt ist die Anzahl der Mandatsträger im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz. Kommunen können für die kommende Legislaturperiode ihre Räte um zwei, vier oder sechs Mandate verringern. Dazu müssen sie bis spätestens 30. April 2015 eine entsprechende Satzung beschließen, damit Räte und Kreistage in der nächsten Wahlperiode schrumpfen können. Der Achimer Stadtrat zählt derzeit 38 Mandatsträger. Hinzu kommt Bürgermeister Rainer Ditzfeld (parteilos) mit einem weiteren Sitz im Rat. Der Verdener Stadtrat zählt momentan 36 Politiker. Hinzu kommt mit einem weiteren Sitz Bürgermeister Lutz Brockmann (SPD). Kommunen ab 8000 Einwohnern müssen Räte mit mindestens 20 Mitgliedern haben.

## Pauschalen für Ratsleute

■ Die Tätigkeit als Ratsherr üben Kommunalpolitiker in der Regel ehrenamtlich aus. Dafür bekommen sie eine Aufwandsentschädigung: In Achim sind es 160 Euro im Monat. Weitere 70 Euro pro Monat erhalten diejenigen, die im Verwaltungsausschuss sitzen. Die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine Entschädigung von 320 Euro im Monat. In der Summe belaufen sich die Aufwandsentschädigungen für die Kommunalpolitiker in Achim auf 110 000 Euro pro Jahr. Die Mitglieder im Verdener Stadtrat erhalten monatlich 170 Euro plus 15 Euro Fahrtkosten. Fraktionsvorsitzende erhalten 300 Euro plus eine Fahrtkostenpauschale. Abgeordnete im Kreistag erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Pauschale in Höhe von 200 Euro.

schieden sein müsste – um die gesetzlich festgelegte Frist bis zur nächsten Kommunalwahl einzuhalten. Nach der niedersächsischen Kommunalverfassung können die Städte und Gemeinden zwei, vier oder sechs Mandate streichen. Die Stadtverwaltung Achim sei im Begriff, eine Ratsvorlage zur möglichen Verkleinerung des Stadtparlaments vorzubereiten, erklärte Bürgermeister Rainer Ditzfeld. Die Verwaltung tendiere zu der Empfehlung, den Rat in seiner jetzigen Größe zu erhalten. „So stellen wir sicher, dass möglichst alle Ortsteile Achims ihre Vertreter im Rat haben“, begründet Ditzfeld diese Haltung. Einspareffekte, wie sie der Steuerzahlerbund reklamierte, seien kaum von Bedeutung, meint Ditzfeld. „Wenn wir sechs Mandate streichen würden, könnten wir rund 12000 Euro pro Jahr sparen. Das fällt kaum ins Gewicht.“

In der Stadt Verden trifft die Forderung des Steuerzahlerbundes auf parteiübergrei-

angehörten. Eine Reduzierung der Sitze benachteilige zudem die Kleinen.

Heinz Möller, der für die SPD im Stadtrat Verden und im Kreistag sitzt, meint, dass die Forderung nach weniger Mandaten mit dem Anspruch auf mehr Bürgernähe nicht vereinbar sei. „Die Politiker sind für die Menschen Ansprechpartner in den Ortschaften.“ Als „völlig kontraproduktiv“ bezeichnete Verdens Bürgermeister Lutz Brockmann (SPD) die Forderung des Bundes der Steuerzahler. „Es gibt so viele Themen, und dafür brauchen wir ausreichend Ratsmitglieder“, sagte er. Er wünsche sich mehr Wertschätzung für die Arbeit der Kommunalpolitiker. „Denn jedes Ratsmitglied vermittelt Demokratie, und das ist wichtig.“



Nehmen Sie an einer Umfrage zum Thema teil. Scannen Sie dazu das Bild mit der Live-App (siehe Seite 2).